



Münster, 07.12.2021

Investitionsprogramm realistischer gestalten!

Ratsantrag

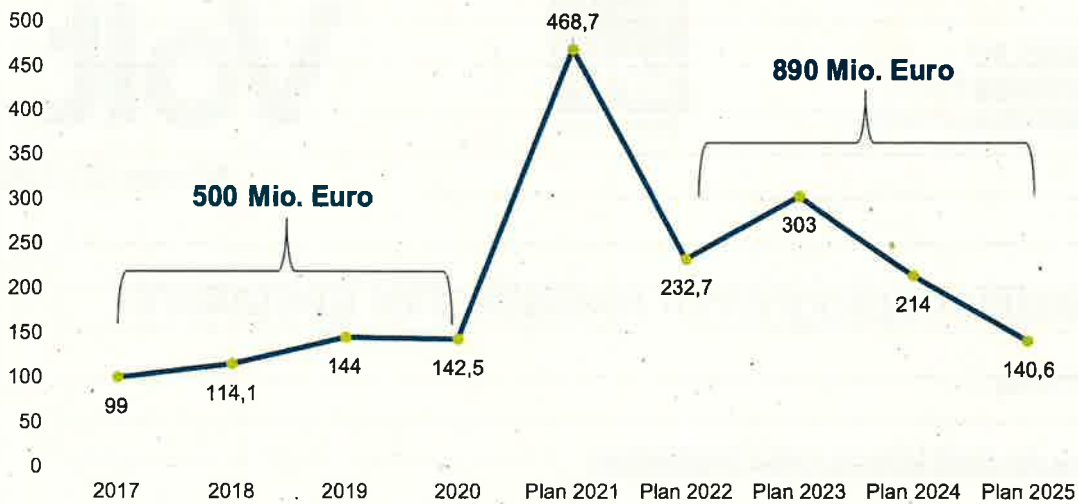
Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Ab dem Jahr 2023 werden in das Investitionsprogramm der Stadt Münster nur noch die vollständigen Realisierungskosten für solche Baumaßnahmen mit voraussichtlichen Kosten von über 5 Mio. € aufgenommen, die sich in einem Planungsstand befinden, der eine qualifizierte Kostenschätzung ermöglicht, zum Beispiel nach dem abgeschlossenen Architektenwettbewerb. Bis sich Projekte in diesem Planungsstand befinden können in den Investitionshaushalt nur Planungskosten eingestellt werden. Das investive Dezernatsbudget wird entsprechend angepasst.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die jeweiligen Fachausschüsse regelmäßig darüber zu informieren, wie der Umsetzungsstand und der weitere Zeitplan der bereits veranschlagten Maßnahmen ist. Vor der Sommerpause soll darüber informiert werden, welche Maßnahmen mit Planungs- und Investitionskosten in das Investitionsprogramm für das kommende Jahr aufgenommen werden sollen.
3. Das Verfahren wird nach der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2023 im Ausschuss für Wohnen, Liegenschaften, Finanzen und Wirtschaft evaluiert.

Begründung:

Die städtischen Haushalte der letzten Jahre sind gerade im investiven Bereich in den letzten Jahren davon geprägt, dass die für zahlreiche Investitionsmaßnahmen eingestellten Investitionskosten kaum abfließen. Ein weiteres Problem ist, dass die Realisierungskosten für investive Baumaßnahmen, die in Errichtungsbeschlüssen ausgewiesen werden und als Grundlage für die Erstellung des Investitionsprogramms dienen, regelmäßig im Rahmen der Baubeschlüsse und des weiteren Verfahrens erheblich überschritten werden.

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit



Das Bündnis aus Bündnis 90/ Die Grünen/GAL, SPD und Volt hat sich das Ziel gesetzt, den Haushalt transparenter zu gestalten. Dazu gehört auch, dass das städtische Investitionsprogramm ein realistischeres Bild der tatsächlich realisierbaren Investitionen aufzeigt und Bürger*innen sich ein besseres Bild davon machen können, welche Baumaßnahmen wann erfolgen.

gez.

Christoph Kattentidt
Sylvia Rietenberg
Albert Wenzel
und Fraktion

Marius Herwig
und Fraktion

Helene Goldbeck
Tim Pasch